

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mrk. 1.60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Tagessagegebühr beträgt für die viergepflanzte Seite über deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Fristen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12.

Donnerstag, den 16. Januar 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Glossen zur politischen Entwicklung der Lübecker Arbeiter.

II.

Da sich Lübeck nun einmal als „selbstständiger“ Staat im deutschen Staatenbunde fühlt, wäre es immerhin noch zu verstehen gewesen, wenn unser Bürgerschaft die Ausübung des Wahlrechts nach den heutigen Bestimmungen und einem etwa zweijährigen Abstandhalte im Lübeckischen Freistaate abhängig gemacht hätte. Wohligermerkt, es wäre zu verstehen gewesen, obgleich wir in diesen Standpunkt nicht thesen; denn je mehr Lübeck sich zum Industriestaat entwickelt, nimmt auch naturgemäß die Zahl der hier nur vorübergehend sesshaften Bewohner zu. Haben doch nach dem Bericht der Steuerbehörde nicht weniger als 7746 Personen nur für einen Theil des Jahres 1901 Steuern entrichtet. Wir haben also keine stabile, sondern den Verhältnissen nach eine stark kulturelle Einwohnerschaft. Das ist in dem Wesen der modernen Produktion, die heute viel und morgen wenig Arbeitshände gebraucht, begründet. Wir werden also von Jahr zu Jahr mit einer immer mehr an Beweglichkeit zunehmenden Bevölkerung zu rechnen haben. Weiter ist in Betracht zu ziehen, daß die 7746 Besitzer immerhin noch einen Steuerbetrag von 67 797,61 oder durchschnittlich pro Kopf 8,75 Mr. an die Steuerkasse abgeführt haben. Es ist daher ein durchaus rückständiger Standpunkt, nur diejenigen der politischen Rechte würdig zu betrachten, die fünf Jahre hintereinander mehr als 1200 Mr. Einkommen versteuert haben.

Das Bürgerthum ist wirtschaftspolitisch so rückständig, daß es das Bedürfnisse eines solchen Benehmens den Arbeitern gegenüber gar nicht einmal begreift. Dem politisch geschulten und klassenbewußten Arbeiter braucht man heute nicht erst lange mehr auszusehen, daß der in den Händen seines politischen Vorstandes angehäufte Besitz nur aus den Werken, welche die Arbeiter durch ihre Intelligenz und Fleiß geschaffen haben, entstanden ist. Es ist daher grundsätzlich, daß derjenige, welcher dem Staat höhere Steuern als ein Anderer zahlt, nun auch unbedingt einen größeren Anteil an der Staatsleitung haben müsse. Sollte es nach der Bedeutsamkeit der Bürger für den Staat gehen, so müßten die Arbeiter aller Art die erste Klasse bilden und den größten Einfluß auf die Gesetzgebung haben, nicht aber die nichtarbeitenden Gesellschaftsklassen, deren soziale Bedeutung gleich Null ist. Gereduzt beleidigt ist es ferner noch, dem Arbeiter gleichsam noch die Strafe der politischen Rechtsverkürzung dafür aufzuerlegen, daß er bei der Theilung seines Arbeitsvertrages zu kurz kam. Umso weniger ist unserer Meinung nach die Rechtsverkürzung der Lübecker Arbeiterschaft gerechtfertigt, als durch die Vermehrung der indirekten Steuern die Steuerlast mehr und mehr auf die Schasien der Besitzlosen gewälzt wird. Man wende nicht ein, daß die Höhe auf die nothwendigen Lebensmittel, wie überhaupt der größte Theil der indirekten Steuern, in die Kassen des Reiches fließen, und das es deshalb unangebracht sei, aus der Belastung durch indirekte Steuern politische Rechte in unserem engeren Staatswesen herleiten zu wollen. Muß doch heute schon nach Mombert ein Arbeiter bei einem Tagelohn von 3 Mr. und einer aus fünf Köpfen bestehenden Familie 8 Tage für die Aufbringung der Getreidezölle und nach dem jetzt vom Reichstag in jener entwürdigen Nacht vom 13. auf den 14. Dezember 1902 beschlossenen Zolltarif gar 14 Tage arbeiten. Er muß also hier in Lübeck zu seiner direkten Einkommenssteuer von sagen wir 7-9 Mr. allein für sein tägliches Brod heute noch 24 Mr. und später gar 42 Mr. indirekte Steuern zahlen. Hinzu kommen noch die Verbrauchsabgaben von 1 Kg. Fleisch mit 15 Pf., 1 Kg. Schmalz mit 10 Pf., 1 Kg. Speck mit 20 Pf., 1 Kg. Reis mit 4 Pf., 1 Kg. Salz mit 12 Pf., 1 Kg. Zucker mit 20 Pf., 1 Kg. Kaffee mit 40 Pf., 1 Kg. Gewürz mit 50 Pf., 1 Kg. deutscher Tabak mit 22 Pf., 1 Kg. ausländischer Tabak mit 85 Pf., 1 Zigarre von ausländischem Tabak mit 1 Pf., 1 Hering (je nach Größe) mit 1/2-1 Pf., 1 Liter Bier mit 1 Pf., 1 Liter Branntwein mit 28 Pf., 1 Liter Petroleum mit 6 Pf. Ein entsprechender Anteil dieser indirekten Steuern liegt aber dennoch, gemäß den Bestimmungen der clausula Frankenstein, in den lübischen Finanzästern ab. Doch dieser Anteil heute nicht den Erwartungen entspricht, dafür kann man doch am allerwichtigsten die Arbeiter verantwortlich machen. Was können diese dafür, wenn in 1901 nur an den Mehrerträgen der Zölle und Tabaksteuern 654 863,77 Mr. an dem Ertrage der Verbrauchsabgabe für Branntwein 187 022,76 Mr. und an dem Ertrage der Reichstempelsteuer 122 023,09 Mr., also zusammen 954 909,62 Mr. eingegangen sind, gegenüber den Matricularbeiträgen in Höhe von 985 932 Mr. Die Verantwortung hierfür tragen jene stolzenbegeisterten Blit-

machtpolitiker, von denen es ja auch in unserem Lübeck sehr viele gibt.

Interessant ist es nun immerhin, einmal in der breiten Öffentlichkeit unsere Steuerverhältnisse ein wenig zu beleuchten.

In dem Jahrzehnt 1895-1900 belief sich im Durchschnitt pro Jahr die Zahl der Steuerzahler auf 20 447 Personen, die Summe des steuerpflichtigen Einkommens auf 43 549 783 Mr., die Summe des Steuerbetrages auf 1 242 876 Mark.

Die Zahl derjenigen, deren Einkommen 600 Mark im Jahre nicht überstieg und die deshalb von der Steuerpflicht befreit waren, betrug:

	1895/96	1897/98	1898/99	1900	1901
in der Stadt	4943	4905	5328	6138	5610
den Vorstädten	3166	3179	3774	4533	4559
Travemünde	170	192	208	218	200
den Landbezirken	1278	1076	1187	971	892
Summa	9557	9352	10492	11860	11261

Betrachten wir nun einmal die Liste der Steuerpflichtigen des Jahres 1901 etwas näher. Der besseren Übersicht halber haben wir uns erlaubt, die Steuerzahler in 5 Gruppen einzuteilen und zwar in der Weise, daß in der ersten Gruppe die jetzt ihrer politischen Rechte verlustig gegangenen Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von 600-1200 Mr. aufgeführt werden. Die Steueransätze dieser Entrichteten betragen je nach der Höhe ihres Einkommens 4-13 Mr. In der zweiten Gruppe befinden sich die auf der untersten Stufe des politischen Rechts stehenden Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von 1200 bis 2000 Mr. Die Steueransätze dieser Gruppe betragen 15-34 Mr. In der dritten Gruppe folgen dann die Einkommen von 2000-3000 Mr. Die Steueransätze bewegen sich hier zwischen 38-80 Mr. Was die vierte und fünfte Gruppe anlangt, so haben wir diese, weil es sich um große Einkommen handelt, ziemlich weit gefaßt. Der Höhe des Einkommens gemäß schwanken die Steueransätze zwischen 85 Mr. bei Einkommen über 3000 Mr. und 5970 Mr. bei Einkommen bis zu 100 000 Mark. Einkommen über 100 000 Mr. werden mit 6 Proz. vom Hundert besteuert.

Eine Zusammenstellung nach diesen Grundsätzen ergibt nun das folgende, recht lehrreiche und der Beachtung wertvolle Bild:

Einkommen in Mark	Steuerzahler	Steuerbares Einkommen in Mr.	Steuerbetrag in Mark
von 600 bis 1200	12370	12 012 700,-	103 508,32
1200 - 1300	1258	1 635 400,-	18 275,32
1300 - 1400	890	1 246 000,-	14 743,58
1400 - 1500	1184	1 776 000,-	22 080,85
1500 - 2000	2406	4 388 500,-	66 033,54
2000 - 2500	1103	2 578 600,-	51 663,84
2500 - 3000	711	2 044 100,-	52 052,30
3 000 - 5 000	1190	4 760 600,-	154 702,12
5 000 - 10 000	764	5 405 300,-	226 457,32
10 000 - 50 000	459	8 658 500,-	460 480,10
50 000 - 100 000	30	2 111 200,-	123 703,51
über 100 000	12	4 058 500,-	243 510,-
Summa . . .	22 377	50 625 400,-	1 537 210,80

Demnach zählt die Steuerzahler in Gesamtzahl in Gruppe Proz. Einkommen Proz. Steuerbetrag

I	12370	55,28	12 012 700	23,72	103 508,32	6,75
II	5738	25,64	8 995 900	17,77	121 133,29	7,77
III	1814	8,11	4 622 700	9,13	103 716,14	6,76
IV	2443	10,92	20 935 600	41,37	965 343,05	62,87
V	12	0,05	4 058 500	8,01	243 510,-	15,85

Summa . . . 22 377 50 625 400 1 537 210,80 100,00

Dazu:

Aktiengesellschaften	33	1 859 300	108 700,-
Nur für einen Theil des Jahres			
Steuern gezahlt	7746		67 797,61

Gesamtsumme: 30156 52 484 700 1 713 708,41

Nach den Gebietstheilen waren beteiligt:

mit Proz.	mit Proz.	mit Proz.
der Steuerzahler	des Einkommens	des Steuerbetrages
42,73	37,57	35,75
44,56	51,02	53,18
2,19	1,19	0,72
10,41	6,67	4,01
0,11	3,55	6,34
100,00	100,00	100,00

Demnach betrug die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen, ausschließlich der 33 Aktiengesellschaften und der nur für

einen Theil des Jahres zahlenden 7746 Besitzer, 22 377. Von denen 12 370 oder 55,28 Proz., das ist weit über die Hälfte aller Steuerzahler, politisch rechtlos geworden sind. Der etwaige Einwand, daß diese nur zum Gesamtsteuerertrag 6,75 Proz. beigetragen und deshalb auch nicht beanspruchen können, durch Ausübung des Wahlrechts an den Berathungen und Entscheidungen im Staatsleben mitzuwirken, lassen wir aus den weiter oben schon angeführten Gründen nicht gelten. Schon deshalb nicht, weil die vorhandenen Staatsmittel, wie wir in einem folgenden Artikel zu zeigen versuchen werden, auch in viel höherem Maße für die Interessen der Besitzenden wieder verwendet werden. Dafür leben wir eben in einem klassenstaat! Die wirtschaftlich starke Klasse besitzt die Macht und nutzt sie auch dementsprechend aus.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 13. Januar 1903.

Nach einer vierwöchentlichen Pause hat der Reichstag seine Arbeiten wieder aufgenommen. Mit dem üblichen Neujahrsgruß begrüßte Graf Ballerstein das nicht allzu zahlreiche Fähnlein der erschienenen Reichstagsabgeordneten. Auf dem abgekürzten Tafelabend wurde Nachlese gehalten: auf der Tagesordnung standen die zum Zolltarif gestellten Resolutionen und die zu eben diesem Gegenstande eingegangenen Petitionen. Allzu weit kam man aber nicht. Gleich die erste Resolution, welche Vereinigung der zur Ausführung des Tabaksteuerergusses erlassenen Vorrichtungen erläuterte, erregte eine lebhafte und mehr noch ausgedehnte Debatte. Über die Resolution selbst, die den kleinen Tabakbauern einen überaus mehr formellen als materiellen Nutzen zu bringen bestimmt ist, waren sich alle Parteien einig: wenn die Resolution auch nicht allzuviel nutzen dürfte, so schadet sie wenigstens auch nicht. Von den Rednern unserer Partei, den Genossen Chrhardt, Geyer, Molkenbuhr, v. Elm, wurde auf die schädlichen Wirkungen des Tabakzolls und auf die Mehrbelastungspläne, mit welchen die Regierung dies trug, hingewiesen, während die Agrarier Mörike-Kaiserslautern, Lücke, der salbungsvolle Schrampf usw. natürlich die Wunderwirkungen des Zolls nicht genug zu rühmen wußten. Der nationalliberale Schöppenstedter und Witzbold Einhard ergötzte das Haus mit einem Hymnus auf das edle Pfälzer Landestraut; sein Parteigenosse Heyl zu Herrnsheim da gegen spielte die getrocknete Leberwurst, behauptete, beim Tabakbau auf seinen Laienfund rein gar nichts zu verdienen, und warf mit geschmacvollen Verleumdungen usw. nur so um sich. Genosse Geyer wußte trefflich darauf zu dienen; Graf Ballerstein wollte nichts gehörig haben. Die Konservativen wurde schließlich fast einstimmig angenommen, morau das hohe Haus seine Berathungen bis Mittwoch 1.11. auszusetzen beschloß.

236. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Im Bundesratssitz: Graf v. Posadowsky. Präsident Graf v. Ballerstein eröffnet die Sitzung mit Glückwünschen für das neue Jahr. (Bravo)

Auf der Tagesordnung stehen die zum Zolltarif gestellten Resolutionen sowie Petitionen.

Zunächst wird

Tabak wieder einführt, so erreicht man mit solchen plumpen Schmeicheleien gar nichts. Die heutige Resolution giebt dem Verdacht Raum, daß die Regierung gewisse bisher unausgesprochene Absichten in petto hat. Der einzige richtige Weg ist die Aufhebung der Tabaksteuer. Darauf kommen wir für die Resolution, an die wir die Regierung im gegebenen Augenblick erinnern werden. (Beschluß b. d. Soz.)

Freie (FBg.) widerspricht den Ausführungen des Abg. Heyl v. Herrnsheim. Die Preise für guten deutschen Tabak haben sich sehr gehoben.

Direktor im Reichsschabamt v. Fischér verspricht im Namen der verbündeten Regierungen förmliche Erwägung der Frage der Beurteilung der Tabaksteuer.

Dr. Deinhard (NL): Der pfälzische Tabak ist der Beste. (Sehr richtig bei den Natl.) Es freut mich, daß auch die Sozialdemokraten für die Resolution eintreten: wenn man sucht, findet man eben überall Tabakagrarien. Der einzige wirkliche Schutz für den deutschen Tabakbau liegt in der Vergroßerung der Spannung zwischen Tabakkost und Tabaksteuer. Aber ganz umsonst erhält man keine Institutionen mit Ausnahme vielleicht des Reichstages, der ja keine Diktat erhält. (Heiterkeit.)

Bethy Coburg (FBp.) befürwortet die Resolution.

Frhr. Heyl zu Herrnsheim (NL) polemisiert gegen den Abg. Freie.

Erhardt (SD) tritt nochmals kurz für eine Aufhebung der Tabaksteuer ein.

Freie (FBg.) behauptet aus Neuer, daß die Lage des deutschen Tabakbaues sich gebessert habe.

Geyer (SD): Damit, daß wir in der Kommission für die Resolution gestimmt haben, haben wir uns nicht die übertriebenen Forderungen der Tabakagrarien zu eigen gemacht. Dem Hauptvertreter dieser Forderungen, Herrn Heyl zu Herrnsheim, der wieder über den Rückgang der Rentabilität sagt, ist nachgewiesen worden, daß er als Tabakbauer besonders hohe Preise erzielt: er bekommt für seinen Bentner Tabak 30 Pf., während die übrigen Bauern sich mit 24 Pf. begnügen müssen. (Hört! hört! bei den Soz.) Seine Produktionskosten belaufen sich auf 15 Mark für den Bentner. Da hat er doch am allerwenigsten Ursache, nach einem erhöhten Tabakkost zu schreien. Als die Herren, die immer nach der Verwendung deutschen Tabaks zur Zigarettenfabrikation rufen, einmal hier solche Zigaretten geprüft haben, da haben sie sehr saure Dienien geschnitten. (Heiterkeit) Höhere Zölle werden nur den Konsum einschränken, die Qualitäten verschlechtern und die Lage der Zigarettenarbeiter auf das Niveau der erzgebirgischen Weber herabdrücken. (Hört! hört! b. d. Soz.) In der Kommission hat Graf Posadowitz feierlich erklärt, die Regierung dürfe nicht an eine höhere Belastung des Tabaks. Der Schatzmeister degegen schwieg sich aus. Ich bezeichnete das schon damals als verdächtig. Im Plenum hat dann der Schatzmeister erklärt, man müsse früher oder später doch auf den Tabak zurückkommen. Das muß eine dauernde Beurteilung in der Tabakindustrie herorruhen und zwingt uns, immer und immer wieder im Reichstage auf die Sache zurückzukommen. Es ist sehr charakteristisch, daß Herr Abgeordneter Heyl gleich nach Einheizung des Polarisationsgroßen Streitens Landes den kleinen Tabakbauern abgekauft hat. Er glaubt jedenfalls auf Grund des neuen Polarisations seine Taschen wieder recht füllen zu können. (Ausrufe b. d. Natl.)

Dr. Börsig - Kaiserslautern (B. d. L.): Die Hauptfrage ist doch, daß der Tonum des inländischen Tabaks erhöht wird. Das liegt aAMENTLICH auch im Interesse der beim Tabakbau beschäftigten Arbeiter. Die Interessen der Arbeiter auf der heimischen Scholle werden aber von den Herren Sozialdemokraten nicht berücksichtigt. Stedner zieht sich im Übrigen den Ausführungen des Abg. Heyl an.

Heyl zu Herrnsheim: Herr Geyer hat zwei unrichtige Behauptungen, die mir beitreffen, aufgetischt. Auf Grund einer auf unrichtigen Kalkulation beruhenden Notiz der "Süddeutsche Tabak-Zeitung" wirkt er mir vor, daß ich am Tabak viel verdiene. Ich stelle demgegenüber fest, daß ich in den letzten Jahren 16 Proz. am Tabak verlor habe. Weiter hat Herr Geyer behauptet, ich hätte den Polizei berichtet, um meinen Grundbesitz zu vermehren und hätte somit niedrige Geschäftsintressen vertreten. Ich bedauere, daß derartige Verherrungen, welche mir niedrige Sozialpolitik vorwerfen und die übrigens auf ihren Urheber zurückfallen, hier im deutschen Reichstage möglich sind.

Molkenbuhr (SD): Die Tabakarbeiter sind es in erster Linie, die durch die Tabaksteuererhebung geschädigt werden. Wenn der deutsche Tabakbau trotz aller hohen Zölle nicht konkurrenzfähig ist, so liegt das an der Unfähigkeit mancher Tabakbauer selbst.

Luise (B. d. L.): Wir haben dasselbe Recht für das Wahlrecht der sozialdemokratischen Tabakbauern einzutreten, wie die Sozialdemokraten für die Arbeiter einzutreten vorgeben. (Ausrufe bei den Soz.)

Geyer (SD) meint an der Hand der Feststellungen der deutschen Tabakfirmen nach, daß Herr v. Heyl in der That größeres Gewinn erzielt, als die übrigen Tabakbauern. Die "Süddeutsche Tabak-Zeitung" hat ihre Angaben aus eigner Erfahrung bestätigt, in der Nähe von Worms entnommen: mit diesen mag sich Herr v. Heyl zunächst ausseranderzeugen. Leider ist es eine alte Erfahrung, daß Eigentümer nach Polterhöhungen ihres Grundbesitzes gerückt haben.

Schrempf (A.): Die Sozialdemokraten haben den Tabakbauern ganz unberechtigterweise irrationelle Beurteilung vorgenommen. Sie (zu den Sozialdemokraten) kann nicht. Sie erraten, und doch wollen Sie alles besser wissen, als die Bauern selbst. (Heiterkeit rechts.) Den zweiten Nutzen in der ganzen Tabakindustrie hat der Tabakhandel, nicht die Produktion. Ich bitte um Annahme der Resolution. (Ausrufe! rechts.)

Molkenbuhr (SD): Herr Schrempf war uns unheimlich vor. Dabei hat Herr Luise auf einer Bauernversammlung 1894 selbst erklärte, er verfünde von Tabak nichts. Wir treten für Tantende von Tabakarbeitern ein, deren Ritu mit mich ruhig mit ansehen können. (Beschluß b. d. Sozial.)

Heyl zu Herrnsheim (NL): Herr Geyer behauptete, er hätte keine Behauptungen der agrarischen Freiheit entnommen. Das ist nicht wahr. Die agrarische Freiheit hat sich auf die Mittelstellung bezieht, daß ich auf politisch in überwiegend umgewandelt habe, erst die sozialdemokratische Freiheit kann niederdrückende Behauptungen gestoßen. (Ausrufe bei den Soz.)

a. Elmar (SD): Deutschland kann im Tabakbau nicht mit Amerika konkurrieren, da es keinen guten Boden für den Tabakbau hat. Aus reinem Pfälzer Tabak können keine Zigaretten hergestellt werden. Herr Luise legte vor, die Inspektion der Zigaretten zu beauftragen. Darauf werden wieder drei Tantende in der Inspektionsschule die benötigten Arbeiter produzieren. Werden dann die Tabakbauern durchaus Tabak? (Sehr richtig! bei den Soz.)

Geyer (SD) protestiert gegen die niederdrückenden Behauptungen des Abg. Heyl zu Herrnsheim.

Präf. Graf Wallerstein: Herr Abg. Heyl hat diese Neuherzung nicht auf Abgeordnete, sondern auf Zeitungsartikel bezogen; sonst hätte ich dies unter keinen Umständen angelossen.

Heyl zu Herrnsheim (NL): Es ist eine niedrige Verleumdung, wenn einem Abgeordneten vorgeworfen wird, er habe für das Solltarifgesetz gestimmt mit der Absicht, sich zu bereichern. Diese Verleumdung ist in der sozialdemokratischen Presse ausgesprochen und Herr Geyer hat sie wiederholt.

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution wird mit großer Majorität angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberathung der Resolutionen auf Mittwoch 1 Uhr. Schlüß 6 Uhr.

## Politische Mittheilungen.

### Deutschland.

Die Reichstagwahlerwahl in Danzig stand am gestrigen Dienstag statt. Nach einer Wolffschen Drahtung erhaltenen Mommen (freil. Bgg.) 6176 Stimmen, v. Heydebreck (cons.) 4282, Bartel (Soz.) 5568, Wohllegier (Pole) 329 Stimmen. 28 Stimmen waren zerplatzt, 102 ungültig. Somit ist eine Stichwahl zwischen Mommen und Bartel erforderlich. Auch bei der 1898er Wahl kam es zur Stichwahl, bei der unser Genosse Storch-Stettin, der damals kandidierte, mit 3822 Stimmen dem Freisinnigen Rickert mit 7231 Stimmen gegenüberstand. 3086 Centrumstimmen, 2968 konservative, 368 antisemitische und 310 polnische Stimmen vervollständigten das Wahlbild. In der Stichwahl siegte Rickert mit 11134 Stimmen gegen 4976 für Genossen Storch. Das Centrum gab den Ausschlag für Rickert. Diesmal hatte das Centrum Wahlenthaltung beschlossen, doch scheint sich der größte Theil der Centrumswähler nicht daran gehakt und vielmehr für den konservativen Kandidaten, der um ca. 1300 Stimmen zugewonnen hat, gestimmt zu haben. Recht erfreulich wirkt die Zunahme der Stimmen unserer Kandidaten: sie beträgt 1746. Wenn man bedenkt, daß es sich um eine Nachwahl handelt, wenn man weiter in Betracht zieht, daß ein Kandidatenwechsel stattgefunden hat, und daß gerade unsere Genossen in Danzig unter den schwierigsten Verhältnissen zu agitieren haben, so kann der erzielbare Erfolg nicht hoch genug angeschlagen werden.

Die Thronrede, mit welcher Bülow Dienstag Mittag auf Befehl des Kaisers den preußischen Landtag eröffnete, bestätigt nur, was man bereits längst wußte: der Staat, der erst in einiger Zeit der Landräthsammer zu gehen wird, schließt mit einem Defizit ab, dessen Höhe zwar noch nicht sicher feststeht, aber nicht gering sein dürfte. Trotz der schlechten Finanzlage haben jedoch die Ausgaben nicht zurückgehen können, "die im politischen und wirtschaftlichen Interesse dringend geboten sind. Hierunter fallen die ehedem Mittel, die die Staatsregierung in Fortführung ihrer auf den Schatz des Deutschen Reichthums in den Distanzen und auf dessen wirtschaftliche Stärkung gerichteten Politik" fordert. Weiterhin werden in der Thronrede Forderungen zur betriebsicherer Ausgestaltung der Eisenbahnlinien und zur Ergänzung des Hauptbahnhofs angefordert. Größere Mittel werden für den Aufbau mehrerer Privatbahnen verlangt. Über die Kanalvorlage schweigt sich dagegen die Thronrede, wie nach den offiziösen Berichtsurkunden auch zu erwarten war, völlig aus; sie ist offenbar an den St. Niemann-Leinstag vertagt worden. Bülow in seiner bekannten Furcht vor inneren Krisen möchte offenbar nicht gern den Chor der Landräthe mit dem "Canalkanal", wie sich Podbielski ausdrücken beliebte, vor den Bach stoßen.

Herr v. Kröcher und die Gerstenzölle. In einer am Sonntag in Gerdeler ob gehaltenen konservativen Versammlung plauderte Herr v. Kröcher in offenherziger Weise über die Kammerung des Gerstenzolls nach dem neuen Zolltarif. Er meinte, sämmtliche Gerste würde als Mälzerste behandelt werden müssen, denn aus von der zollfrei eingeführten Hanfgerste sei nicht erwiesen, ob sie trotz des kleinen Fortes nicht fälschlich sei.

Wenn ich Reichskanzler wäre, würde ich sofort einen solchen Klass an die Behörden den erlassen, die sämmtliche Gerste, die nicht einmal zerstampft oder geschrotet ist, als Mälzerste behandeln sollen. Davon bringen Sie, zu einem jungen Menschen gewendet — der die Kreisblatt-Berichterstattung hatte, nichts in die Zeitung, das könnte die Verhandlungen mit dem Ausländer erschweren. Über unser Kanzler ist zu solchen Maßnahmen gewogen, er muß Geld machen.

Zu übigen widerholte Herr v. Kröcher die Ausführungen, die er im Präsidenten zum besten gab. Bezeichnet wird die Selbstschaltung des edlen Kanzlers war die Verleugnung einer Karte, die ihm aus Anlaß seiner Europäerspielfreude gegenüberstand, in der Herr v. Kröcher als der Mann bezeichnet wurde, der seit Biennies Zeiten zum erstenmal die Stiefel soll. Sie tanzen uns bald nicht mehr auf den Fuß, sondern auf der Rose herum. Die Versammlung sprach Herrn v. Kröcher das volle Vertrauen aus, dieselbe Versammlung, die am Freitag vorher Herrn Diederig Hahn in den Himmel hob und Herrn v. Kröcher ein Kranz ansetzte. So ändert sich die Ansicht in 24 Stunden, vielleicht, weil die Bauern empfinden, daß sie von den Großgrundbesitzern nur genoppt werden und daß die bei derzeitigen Zeiten weit auszutheilen.

Herr Bößermann, der den parlamentarischen Staatssekretär so begreift mißgönnt hat, sieht das Bedürfnis zu empfehlen, seines "Liberalismus" wieder etwas aufzupolieren. In einer Verhandlung in Brüssel verwöhnte er sich gegen die Unterstellung, als ob seine Partei das allgemeine direkte Wahlrecht anstreben wolle. Ohne Partheibildung werde das Bürgerrecht aller Parteien beständige Wahlstellung gegen die Sozialdemokraten setzen. — Bei Bößermann gelöst hat, seine Partei werde das jetzige Wahlrecht nicht angreifen, darf man mit fast tödlicher Sicherheit ausschließen, daß er bereit ist, Heraufsetzung bei dessen Einführung zu führen. Erfah-

rungsgemäß sind die Thaten der Bäuerlein immer das genaue Gegenteil von ihren Ankündigungen und Versprechungen.

Die Bauern und die Getreidezölle. Die Hauptung der Brodtwucherer, daß die Bauern insgesamt ohne Unterschied Interesse an höheren Getreidezöllen haben, wird wieder einmal glänzend widerlegt durch eine unlängst erschienene Schrift von Dr. Hecht über die Landwirtschaft am Anfang des Jahrhunderts. Auf die Frage: "Wie viele Landwirthe in Baden sind in der Lage, Brodt getreide zu verkaufen?" gibt der Verfasser genaue Auskunft mit folgendem Ergebnis: Es gibt 83 413 landwirtschaftliche Familien, die Brodtfrucht zu kaufen müssen, 56 468 Familien, die Brodtfrucht decken, und 57 009 Familien, die einen Überschuss von Brodtfrucht zum Verkauf bringen können. Sehr beträchtlich ist der Überschuss natürlich bei den meisten dieser Familien nicht; es bleibt nur 2300 Familien, die über 100 Bentner verkaufen können, und 83 Familien, deren Überschuss mehr als 500 Bentner beträgt. Demgemäß stellt der Verfasser fest, daß nur ausnahmsweise ein Interesse an hohen Getreidezöllen vorhanden ist. Etwa 15 Proz. der landwirtschaftlichen Bevölkerung Badens haben kein Interesse an hohen Zöllen für Brodtgetreide, 70 Proz. aber sogar ein Interesse an niedrigen Zöllen.

Die "Balkan"-Adresse an den Kaiser. Eine Monat veröffentlichte Erklärung von 15 Arbeitern der Maschinenbau-Aktiengesellschaft "Balkan" in Stettin tritt den in der Versammlung von Arbeitern des "Balkan" am 6. ds. über das Zustandekommen der kürzlich an den Kaiser abgefaßten Adresse aufgestellten Behauptungen entgegen. Die 4147 Unterzeichner der Adresse seien nur durch die 15 Unterzeichner der Erklärung und durch Mitarbeiter gesammelt worden, und es habe kein Beamter oder Meister des Balkan dabei mitgewirkt. Sämtliche 4147 Unterzeichner der Adresse hätten ihre Unterschrift freiwillig gegeben, sie seien dazu von Beamten oder Meistern des Balkan weder gezwungen noch durch Drohungen beeinflußt worden. Von den 6516 Arbeitern der Fabrik hätten sich demnach 2369 von vorheraus ausgeschlossen, und die in der Versammlung am 6. Januar erschienenen 1000 bis 1200 Arbeiter könnten der größeren Mehrzahl nach nur zu den Reihen der letzteren gehört haben. — Diese "Feststellung" hat gegenüber den positiven Mitteilungen, die in der Versammlung gemacht wurden, gar keinen Werth. Es ist dort ausdrücklich betont worden, daß die Anwesenden in großer Zahl zu den Unterzeichnern der Adresse gehörten. Die Lebriegen werden es die 1600 Arbeiter, welche die Protestresolution an den Kaiser beschlossen haben, sicherlich an der Antwort nicht fehlstellen lassen.

Die "Cheirungen" im südlichen Königshause. Die "Frank. Zeitung" meldet aus Dresden: Die zwischen Justizrat Körner und dem Amalt der Kronprinzessin zu Geng geführten Verhandlungen haben am Sonnabend zu der bei der seitens beiden Einigung geführt, daß die Kronprinzessin bezüglich des zu erwartenden Kindes sich allen Dresdener Wünschen und Antrünnungen fügt, während der Kronprinz statt der Cheirung der Cheirung zustimmt und als Scheidungsgrund nicht Cheiruch, sondern nur Verlassen des gemeinsamen Haushaltes geltend gemacht wird.

Keine politischen Nachrichten. Die "Affäre Böhning" wird, wie verlautet, bei der ersten Leitung des Staats im Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht werden. In diese Debatte wird, wie ein Korrespondent meldet, auch die polnische Landtagsfraktion eingreifen, um ein allgemeines Sündenregister der Staatsregierung zu entrollen. — Der Gezeitentwurf, betr. die Landesträte, ist Dienstag dem preußischen Abgeordnetenhaus zugegangen. Er beweist eine Verkürzung der Kritiken bei Anerkennung der Landesträte. So wird das Mittagsgeläut auf viermal beschränkt. — Zum Nachfolger Birkhoffs als Vertreter des vierten Berliner Landtagswahlkreises im Abgeordnetenhaus ist am Dienstag der freisinnige Berliner Stadtverordnete Kaufmann Rosenow gewählt worden. Er erhält 786 Stimmen; sein Gegenskandidat, der freisinnige Reichstagsabgeordnete Zwied, 500 Stimmen. Einige Stimmen waren zerplatzt. Die Konservativen hatten keinen Kandidaten aufgestellt. Die Wahl bedeutet eine schwere Niederlage für Eugen Richter, der sich besonders für die Wahl Zwieds ins Zeug gelegt hatte. — Wegen Bekleidung des Kronprinzen von Preußen ist am 25. September v. J. vom Landgericht Naumburg a. S. der Landwirt Otto Buschendorf zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden. Seine Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter zum Stadtrath die Beschwerde beim Minister einzureichen. Der Magistrat schloß sich an. — Die französische Deputationen wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. — Die Stadtverordneten in Halle a. S. beschlossen mit allen gegen eine Stimme, wegen der Nichtbestätigung der Wahl des freisinnigen Kaufmanns Richter

kleinen Fische leben, ihres Brodes beraubt. Der Staat und die Privatwohltätigkeit schicken sich an, ihnen zu Hilfe zu eilen.

### Espanien.

Der Aufstand in Neus nimmt größeren Umfang an. Auch die Arbeiter der Gasanstalt haben sich angeschlossen. An ihrer Stelle versehen Soldaten den Dienst.

### Marokko.

Der Sultan befindet sich offenbar in einer ganz zweifelten Lage. Wie die spanische Gesandtschaft in Langer versichert, hat er abermals eine schwere Niederlage erlitten und sei daran hin geflüchtet. Das Ziel der Flucht wird nicht angegeben, wie überhaupt eine Bestätigung der ganzen Nachricht abzuwarten bleibt. Möglich ist es aber immerhin, daß der Sultan die Flinte ins Korn geworfen hat. Was soll er auch noch machen, wenn man selbst in Fez sich gegen ihn erhebt, wie es nach den übereinstimmenden Berichten zweifellos der Fall zu sein scheint?

## Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 14. Januar 1903.

**Reichäuser als Reichstagskandidat?** Nach der antizemistischen „Sachsenlauf“ in Magdeburg — die Lübeckischen Anzeiger beeilen sich, es nachzuholen! — soll die Buchdrucker gewerkschaft beabsichtigen, den Correspondenten Reichäuser als Reichstagskandidaten für Magdeburg aufzustellen. Wie geschieht doch die Leute im Adreßhaus? Sie scheinen gar nicht zu wissen, daß es eine „Gewerkschaft“ der Buchdrucker überhaupt nicht mehr gibt, seitdem zwischen Verband und Gewerkschaft die Einigung zu Stande gekommen ist. Dagegen der Buchdrucker vertritt etwa daran denken sollte, Herrn Reichäuser als Kandidaten in Magdeburg unserem Genossen Pfannlück gegenüberzustellen, liegt ganz außer dem Bereich der Möglichkeit. Die Organe des Buchdruckerverbandes in Magdeburg sind, wie wir zufällig persönlich wissen, viel zu gute Sozialdemokraten, als daß sie, selbst wenn einzelne Verbandsfunktionäre mit einer Kandidatur Reichäuser schwanger gehen sollten, einen derartigen tollenwidrigen Seitensprung zuließen. Nein, das Magdeburger Antisemitenblatt hat sich einfach einen riesigen Bären aufbinden lassen, und die lübsche Amtsblattredaktion hat das in ihrer bekannten Tölpelhaftigkeit einfach für baare Münze genommen. Die Dummheit sitzt ja im Adreßhaus ständig zu Gast!

**Der Almanach zum „Wahren Jakob“, der in jedem Jahr eine gern begehrte Zugabe für die Leser des genannten Partei-Witzblattes war, wird, wie wir auf verschiedene Anfragen mittheilen wollen, in diesem Jahr nicht erscheinen. Offenbar hat der Tod Max Kegels, der sonst den beliebten kleinen Kalender versetzte, dazu beigetragen, von der Beigabe des Almanachs dieses Mal Abstand nehmen zu müssen.**

**Konkursöffnung.** Über das Vermögen des Kaufmanns P. H. D. Eggers, in Firma Heinrich Eggers in Lübeck, wurde am 12. Januar 1903 das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Schorer ist zum Konkursverwalter ernannt worden. Konkursforderungen sind bis zum 26. Februar 1903 bei dem Gerichte anzumelden.

Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am 12. März 1903, Vormittags 9½ Uhr, im Zimmer Nr. 22 statt.

**Ein fahnenflüchtiger Soldat** des hiesigen Regiments wurde in einer Herberge in Bargteheide festgenommen. Der Deserteur wird nach Lübeck zwecks Aburtheilung transportiert werden.

**Ein Gardinenbrand** kam Dienstag Nachmittag gegen 6 Uhr in der Wohnbude Schornsteinfegergang 11 (Hundestraße 50) bei der schon betagten Witwe Biered zum Ausbruch. Als die Feuerwehr, die sofort alarmiert wurde, kam, hatten Hausbewohner das Feuer bereits gelöscht. Nach dem Polizeibericht ist das Feuer durch Explosion einer Lampe entstanden.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Gegen einen Ritter, der sich in einem öffentlichen Tanzlokal des Haussiedensbruchs schuldig machte, wurde Anzeige erstattet. — Ein Arbeiter brachte zur Anzeige, daß ihm eine blaue wollene Arbeitsjacke gestohlen sei.

**pb. Wegen Unterschlagung** wurden zwei Billetteure eines hiesigen Konzertlokals zur Anzeige gebracht.

**Entfall.** Gleich und gleich gesellt sich gerne. Die Landbündler im Fürstenthum haben in einer Versammlung, die Sonntag in Bahnhof Gleschendorf stattfand, beschlossen, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten, dagegen mit den Nationalliberalen zwecks Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten zu verhandeln. — So ist's recht! Zwischen den nationalliberalen Zollwucherern und Agrariern gibt's ohnehin keinen Unterschied, deshalb kann ein gemeinsames Zusammengehen der beiden Brodwucherparteien von Anfang an nur zur Klärung der Lage beitragen.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Eine Arbeitslosenzählung, welche das Gewerkschaftskartell in Geesthacht vornahm, ergab, daß von 531 befragten Personen im Jahre 1902 arbeitslos waren: 6 Verheirathete mit 147 Kindern 3220 Tage, 26 Ledige 1982 Tage. Mit verkürzter Arbeitszeit haben gearbeitet: 49 Verheirathete mit 107 Kindern 1309 Tage, 64 Ledige 1580 Tage. Groß war besonders die Arbeitslosigkeit im Korbmachergewerbe, wo allein 29 Verheirathete 364 Tage und 48 Ledige 844 Tage unfreiwillig die Arbeit auszogen müssen. — In Binnener sind die Maurer, Zimmerer und Baubarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Anscheinend kommt eine gütliche Einigung zu Stande. — Die Lohnbewegung der Tischler in Flensburg ist durch eine gütliche Vereinbarung mit den Meistern beendet worden; es wurde ein Stundenlohn von 37 Pf. anstatt bis 35 Pf. erzielt. Höher bezahlte erhalten ebenfalls eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. — Die Männer von Wilhelmshaven und Umgegend wollen in eine Lohnbewegung eintreten. Ihre Forderungen sind in der Hauptsache: 14 Pf. pro Stunde und ein Mindestlohn von 15 Pf. pro Stunde.

**kleine Chronik der Nachbargebiete.** Die Polizei in Hamburg hat bereits den jungen Menschen ermittelt und verhaftet, der am Sonntag Morgen gegen 6 Uhr in der Lilienstraße den 52jährigen Zimmergesellen Wigle zu Boden geschlagen hat, so daß dieser im Hafencrankenhaus verstorben ist. Es ist ein Arbeiter Namens Hamm. Er gibt an, er und seine Braut seien von Wigle bestohlt worden, worauf er dem W. einen Faustschlag versetzt habe, der W. zu Boden streckte, wobei Wigle mit dem Kopf auf einen Stein gefallen ist und sich so die Verlegung zugezogen hat, an der er im Krankenhaus verstorben ist. Danach kam von einem Todesfall keine Rede mehr. — Der

**Hamburger Schleppdampfer „Concurrent“** mit einem Leichter im Schlepptau von Narhuis kommend, ist Montag Abend 9 Uhr bei der Insel Samsø gestrandet. Ein Bergungsboot ist zur Hilfe gerufen worden. — Im Tanzlokal „Englischer Garten“ in Altona entstand am Sonntag Abend eine tumultuarische Szene, indem ein Soldat des Infanterie-Regiments Graf Basse mit dem Portier, der ihn nicht in das Hotel hineinlassen wollte, in Streit geriet, sein Seitengemehr zog und den Portier durch einen Hieb schwer verletzte. Die Sache ist bei der Militärbehörde zur Anzeige gebracht worden.

**Wittelsbach.** Gegen den Kapitän d. S. Wallmann, der das Unglück hatte, an der dänischen Küste mit dem Linienenschiff „Wittelsbach“ fest zu gerathen und dieserhalb vor kurzem seiner Stellung als Kommandant dieses Schiffes entthoben wurde, ist nunmehr die Anklage wegen fahrlässigen Verhüldens der Strandung erhoben worden. — Wegen jahrelanger Unterhaltungen wurde Dienstag der Postbeamte Bolt aus Büttendorf von der hiesigen Polizei in Haft genommen. — Dem Geldbriefträger Marienthal wurde ein Geldgeschenk von 100 Mark und ein sehr entzückenes Verhalten bei dem seiner Zeit auf ihn verlobten überfallen anerkennendes Schreiben des Reichspostamts ausgehändigt.

**Rendsburg.** Ein Schiffsunfall ereignete sich Dienstag Morgen auf der Obereider. Der nach Kiel ausfahrende Tourendampfer „Steinmann“ überrannte bald nach der Abfahrt den mit Arbeitern der Kotsfabrik in Stade befehligen Hafendampfer „Schwalbe“ und brachte ihn zum Sinken. Mit Hilfe des durch Notssignale herbeigerufenen Dampfers „Böttcher“, der scharfertig im Hafen lag, gelang es, sämtliche Personen auf der „Schwalbe“ zu retten, sodass Menschenleben nicht zu beklagen sind. Wie es bei dem ruhigen und klaren Wetter zu einem so schweren Zusammenstoß kommen konnte, ist noch nicht aufgeklärt. Mit den Arbeiten zur Hebung des gesunkenen Schiffes soll bald begonnen werden.

**Bremerhaven.** Die gesicherte Existenz der Arbeiter. In der Kesselschmiede des Norddeutschen Lloyd wurden Sonnabend 30 Mann entlassen, wie es heißt wegen Arbeitsmangel.

## Vierte Nachrichten.

**Dortmund.** Feuer im Stadttheater. Ein Brand, der Dienstag im Bureau des Stadttheaters, das sich in einem alten morschen Nebengebäude der letzten befand, zum Ausbruch kam, sprang bald auf die Bühne in den Bühnerraum über. Das Bühnenhaus ist vollständig abgebrannt. Sämtliche Requisiten sind ein Raub des Feuers geworden; ebenso ist das Mobiliar des Zuschauerraumes zum größten Theil zerstört.

**Kassel.** Chedram. Der Stöckhälter Odenbach brachte seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau einen Revolverdurchschlag bei, wodurch dieselbe am Kopfe eine tödliche Verlegung erhielt, so daß sie in das Landkrankenhaus gebracht werden mußte, während der Mörder festgenommen wurde.

**Bürrich.** Durch eine Explosion in einem Bohrtunnel der Linie Martigny-Châtelard wurden 5 Arbeiter schwer verwundet.

**London.** Ein großer Landstrich in die See hat sich, wie „Daily Mail“ aus Shanghai meldet, Montag Morgen in Flaming ereignet. 200 Personen sollen dabei ertrunken sein.

**Größtes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.**

**Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.**

**Eiserne Grabkreuze.**

**Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.**

## Saarg-Magazin

Fernsprecher 427. Gebr. Müter

obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.

Geburts-Anzeige.  
Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben wurden hochfreud.

P. Baas und Frau  
geb. Dencker.

Lübeck den 13. Januar 1903.

Für die uns bei der Beerdigung unserer lieben Mutter bewiesene Scheinnahme und Grätzpindaten, sowie Herrn Pastor Haensel für die trostreichen Worte am Sarge der Entschlafenen sagen herzlichen Dank.

### Familie Fienke.

Unser Schwager und Bruder Heinrich Petersen zum heutigen Geburtstag ein dorndornes Hoch.

Auch einer aus der Füllingstraße

Einige abgedrift. 2 Zimmerwohnungen, geräumig, mit all. Zubeh., z. Kr. v. 160—200 M. ab 1. April z. verm. Nähe Südfriedhof 10 (Burgh.)

**Zu verkaufen Brüder**  
Drs. 2 M. und einige Legehühner.  
Ulrich, Stockelsdorf.

**Guten Schweine- u. Hühner-Bung**  
zu verkaufen.

Schwarzsauer Chaussee 39 (Wilhelmshöf).

J. Holzner, Töpfer, Hütstraße 119.  
Kleinmachern von Dosen u. Herden, sowie Reparature derselben.

Daselbst gutes Logis.  
Zum Abschluß von Feuerversich., Haftpflichtversich., Unfallversich., Kautions- u. Garantie-Versich. für erstklassige Gesellschaften empfiehlt sich

A. Bessmann, Warendorffstr. 20.

Zur bevorstehenden Saison bringe allen

**Möbelkäufern**  
mein reichsortirtes Lager nur gut gearbeiteter

**Möbel u. Polsterwaren**  
in empfehlende Erinnerung.

**Folkers' Möbel-Magazin**  
25 Marlesgrube 25.

## Achtung!

## Maurer u. Zimmerer!

**Geheimnisliche  
Mitglieder-Versammlung  
am Donnerstag den 15. Januar**

Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

**Tagesordnung:**  
Berichterstattung über die mit dem Vorstand der Innung und dem Bund der Maurer- und Zimmermeister gepflogenen Unterhandlungen betr. Lohn- und Arbeitstarif.

Der Gesellen-Ausschuß.

**Die Arbeiter-Garderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck  
Markt 4  
Kohl.

sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. II. A.:  
Lederhosen . . . . 1,80—6,45  
Maurerhosen . . . . 2,60—6,75  
Schlosserhosen . . . . 1,88—5,25  
Lebzettzhosen . . . . 0,88—2,35  
Bünn-Hosen . . . . 1,38—3,25

leidene Jaden, schräge und gerade, 1,23  
Kästen, Hemden, Schlachterjaden, Friseurjaden,  
Maler-Käntel erstaunlich billig  
Rüzen von 30 Pf. bis 1,88 M.

**Visit-Karten**  
auf ff. Elfenbeinkarton  
per 100 Stück von 1 Mk. an.  
die Buchdruckerei des Lübecker Salles.

**Holzschuhe**  
in allen Größen vorrätig.  
Ludw. Hartwig, Oberstr. 8.  
Filiale: Unterstraße 69, Ecke Fischergasse.

**Ortsfrankenfasse Lübeck**

**Vortrag**

im Konzerthaus Fünfhausen  
Dienstag den 20. Januar 1903,

Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr

**Inspektor Oberländer:**  
Die Krankenversicherung.  
Eintritt frei! Nach dem Vortrag ev. Beantwortung.

**Sterbefäße „Die Vertrauliche“**  
Lübeck.

**Ordentliche  
General-Versammlung**

am Mittwoch den 11. Februar  
Abends 8 Uhr  
im Saale des Bürgervereins.  
Der Vorstand.

**Sparclub „Alles da.“**

Am 14. Jan., Abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:  
**General-Versammlung**

im Pelierkrug-Lübeck.

**Circus Variété  
Reuterkrug.**

Heute Donnerstag:  
Große

**Abschiedsgala.**

Letztes Auftreten sämtl. Künstler

des glänzenden Neujahrssprogramms

Kaisersstr. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Stadttheater**

Donnerstag den 15. Januar 6.50 Uhr

109 Börs. 96 Ab. Börs. 16. Domher.

Die Meistersinger von Nürnberg.

Oper in 3 Akten von Wagner.

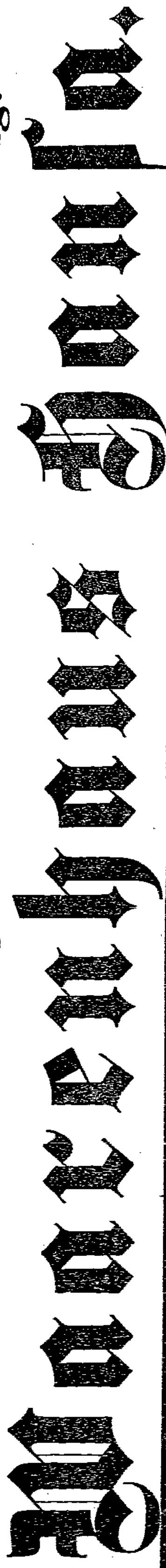
Freitag: Im bunten Rock und Ein Gitar-

handel. Sonnabend der etwas Breite. Rom-

und Julia. Sonntag Lucia. Alt-Weidelbe-

Fortsetzung unseres

**WINTER-AUFLAGE**  
Preise fabelhaft billig.



## Wilhelmtheater.

Einem hochgeehrten Publikum die ergebene Mittheilung, dass ich die Bewirthschaftung des Wilhelmtheaters Herrn Joh. Dürkop abgetreten habe und fernerhin nur die Direktion des Sommertheaters führe. Die diesjährige Spielzeit beginnt am 10. Mai. Mich dem Wohlwollen der geschätzten Theaterbesucher empfehlend, zeichne

Hochachtungsvoll

**Emil Feldhusen.**

Bezugnehmend auf Vorstehendes, bemerke ergebenst, dass es mein eifrigstes Bestreben sein wird, durch Verabreichung tadelloser Speisen und Getränke mir das Vertrauen der mich Beehrenden zu erwerben.

Clubs und Vereinen

halte meinen Saal zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll

**Joh. Dürkop.**

Vom 15. bis 31. Januar eröffnen wir einen großen

## Inventur- Ausverkauf.

Alle von der Sommersaison übriggebliebenen  
**Herren- und Knaben-Anzüge,  
Paletots etc.**

sowie die bei der Inventur zurückgesetzten  
**Winter-Paletots, Kinder-Suppen,  
Anzüge etc.**

verkaufen wir fast  
**für die Hälfte des Wertes.**

Alle anderen Waaren und auch  
**Arbeiter-Garderoben, Unterzeuge,  
Wäsche, Krawatten, Hüte und Mützen etc.**  
während der Dauer des Ausverkaufs mit

**10% Rabatt.**

Bei besonders anmerkham machen wir auf einen großen Posten

**ca. 1000 Stück Knaben-Anzüge**

Serie I  
I. das Alter v 2—6 Jahr.  
von 1,00 Mt an.

Serie II  
I. das Alter v 7—10 Jahr.  
von 2,40 Mt an.

Serie III  
I. das Alter v 11—14 Jahr.  
von 3,50 Mt an.

## Spille & v. Lühmann

Lübeck, Sandstraße 17.

Eines u. größtes Spezialgeschäft für Herren- u. Knaben-Konjekt.

## Hochfeine Margarine

der Margarine-Fabrik Klatt & Dittmann in Altona-Ottensen  
empfiehlt zu Fabrikpreisen  
der General-Berretreter: Leopold Dose, Lübeck, Breitestraße 3 (Kernsprecher 811)  
Eisiges Lager in Gebinden von 10, 30, 50 und 100 Pfds. Inhalt.

**Achtung!**  
**Arbeiter-Bildungsschule**  
**Lübeck.**

Der Unterricht in Riede-Nebung  
findet umsonst halber hente Abend  
nicht statt.

Der Vorstand.

**General-Versammlung**  
**der**  
**Maurer-Losal-Stranen-**  
**Rasse zu Lübeck**  
**am Freitag den 16. Januar 1903**  
Abends präzise 8 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52  
Der Vorstand.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 12.

Sonnerstag, den 15. Januar 1903

10. Jahrgang.

## Um die Dardanellen!

Wp. Russland hat sich den Durchgang durch die Dardanellen endgültig erzwungen. England führt, wie ein getreterer Hund. Europa schweigt. Die Presse Deutschlands thut ganz entrüstet über die englische Unmuthung, dieser neuen Freiheit der zarischen Regierung, die einen von Deutschland mit unterzeichnetem Vertrag eßtatt verletzt, anders als durch kriechende Neutralität entgegenzutreten. Am spätesten ist das Verhalten Österreichs, das von ganz Westeuropa das nächste Interesse an der Orientfrage hat: statt England zu unterstützen, sucht es, England — zu entschuldigen.

Das Verbot der Passage der Dardanellen für Kriegsschiffe ist der letzte Rest der sogenannten „Neutralität des Schwarzen Meeres.“ Das Verbot ist 1841 geschaffen worden, erhielt aber seine große politische Bedeutung erst 1856 durch den nach dem Krimkrieg Russland aufgezwungenen Pariser Vertrag. Es war jener große Augenblick, da Westeuropa über die Schicksale des Barenreichs zu entscheiden hatte. Die Kriegsmacht des Baren war total gebrochen: man konnte ihm Gesetze diktieren. Man koante Russland reformieren oder vernichten. Die Herrschaft Europas setzte das Reich des Baren. Die Unruhigkeit zeigte sich schon während des Krimkriegs in der Neutralität Preußens und Österreichs. Beide Staaten blieben neutral, weil keiner dem andern die Vortheile gönnen, die aus einem Sieg über Russland für ihn sich ergeben könnten. Waren Preußen und Österreich unter sich einig gewesen und hätten sie an dem Krieg teilgenommen, so hätte man das Barenreich hinter das ehemalige Polen zurückwerfen und es vom Schwarzen Meer total abschließen können. Ohne diese zwei Nachbarstaaten Russlands waren aber die verbündeten Mächte des Krimkrieges außer Stande, den gewonnenen unermesslichen Besitz zu halten. Überdies, als der Krieg zu Ende war, da waren bereits England und Frankreich unter einander uneinig. Diese Situation nutzte die russische Diplomatie nach alter Gewohnheit aus. Neben der geringen Landkonfession in Bosphorien — eines Gebiets, daß Russland selbst erst vor kurzem der Türkei geraubt hatte — war die Hauptkonfession Russlands die Neutralität des Schwarzen Meeres.

Russland verpflichtete sich, am Schwarzen Meer keine Festungen zu errichten, keine Kriegsdepots zu halten, keine Kriegsschiffe in seinen Gewässern; der Aufenthalt in den Häfen des Schwarzen Meeres sollte allen Nationen frei stehen, dagegen kein Kriegsschiff — sei es ein russisches, oder türkisches, oder sonst eins — die Dardanellen, diesem Ein- und Ausgang des Schwarzen Meeres, passiren dürfen.

In Europa glaubte man, damit einen entscheidenden Schlag gegen Russland geführt zu haben. Es war aber nur eine halbe Maßregel; da man Russland vom Schwarzen Meer nicht ausschließen konnte, so verbot man ihm wenigstens die Kriegsführungen am Schwarzen Meer. Innerhalb war es eine Schwächung und vor allem eine tief empfundene Demütigung Russlands.

Die russische Regierung arbeitete seitdem mit zäher Ausdauer daran, diese aufgezwungenen Beschränkungen rückgängig oder doch wenigstens illusorisch zu machen. Es gelang ihr nicht nur das allein, sondern mehr noch: die Bestimmungen, die zu ihrem Schaden geschaffen wurden, sich selbst zu Nutzen kommen zu lassen.

Die erste gewaltige Breche in dem Pariser Vertrag wurde 1871 geschlagen. Russland hat den Zustand der Verwirrung und Schwäche, der in Europa nach dem deutsch-österreichischen und dem deutsch-französischen Krieg eintrat, ausgenutzt, um eine Revision des Vertrags von 1856 durchzuführen. Am 13. März 1871 unterzeichneten die europäischen Mächte ein „Instrument“, wodurch die Verbote der Haltung von Kriegsschiffen, Waffendepots usw. im Schwarzen Meere aufgehoben wurden. Wenige Jahre später hat Russland den Krieg gegen die Türkei gewagt. Es durfte

ihn bis zur völligen Unterwerfung der Türkei durchführen, ohne eine Einmischung Europas zu befürchten. Erst in der letzten Stunde, als das Barenreich nahe daran war, die Türkei aus der Zahl der europäischen Staaten auszumerzen, erfolgte die bekannte Intervention der europäischen Mächte, die der zarischen Annahme einen Dämpfer aufsetzte. Innerhalb hat sich Russland nun mehr mit Binsensätzen für alles regaliert, was es 1856 hat zugeschen müssen. Nur das Verbot der Durchfahrt durch die Dardanellen blieb bestehen. Aber die zarische Regierung drang keineswegs auf seine Belebung.

Denn das Barenreich war viel besser daran, wenn das Verbot bestehen blieb. Es brachte es nur selbst nicht zu befolgen. Dann blieb es bestehen — für andere. Dies hat es denn auch nun mehr glücklich erreicht. Es hat erst, vor Jahren, ein Kriegsschlüssel die Meeresengen passiren lassen. Die Türkei mußte nachgeben und die Mächte ließen es geschehen — man wird doch nicht wegen eines Radetzenanschlags einen Krieg anfangen! Die Hauptache aber wurde entschieden während der Wirren auf Kreta und beim nachfolgenden griechisch-türkischen Krieg. Fahrlässig unterhielt Russland Kriegsschiffe im Mittelmeer und ließ sie ungäßige Mal die Meeresengen passiren. Seitdem ist es zur Gewohnheit geworden. An Vorwänden fehlt es nicht. Und jetzt macht es Russland ohne jeden Vorwand, jede besondere Veranlassung. Auf alle Vorhaltungen erklärt die zarische Regierung grinsend: ihre Kriegsschiffe seien — keine Kriegsschiffe!

Wer geneigt ist, die Sache von der harmlosen Seite zu nehmen, vergegenwärtige sich einmal den umgekehrten Fall: die Türkei läßt ein fremdes Kriegsschiff in das Schwarze Meer ein. Das würde Russland unter keinen Umständen zulassen, obwohl doch das Schwarze Meer noch keineswegs ein russisches Binnenmeer ist, sondern neben Russland der Türkei und Bulgarien gehört. Die Türkei selbst, obwohl ihr doch die gesamte südl. Küste des Schwarzen Meeres gehört, wäre schon dram, wenn sie ein Kriegsschiff in die Gewässer des Schwarzen Meeres schicken wollte, und wäre es auch nur in ihre eigenen kleinasiatischen Provinzen. Freilich, was hat denn auch ein türkisches Kriegsschiff im Schwarzen Meer zu thun? Nichts anderes als was — ein russisches Kriegsschiff im Mittelmeer!

Das Schwarze Meer ist tatsächlich zu einem geschlossenen Meer geworden. Es bleibt den fremden Kriegsmarinen, zumal die Küste außerhalb der wenigen Handelshäfen, ein ziemlich unbekanntes Gebiet.

Dagegen kursiren russische Kriegsschiffe unablässig im Mittelmeer, sie untersuchen die Landungsplätze, erforschen die Küste — und führen in einem verschliefelten Konsort ihre Orde für den Fall eines Krieges mit.

Doch die Regierungen Europas haben keine Zeit, die zarische Diplomatie ernstlich zu würdigen. Die britische Regierung hat alle Hände voll zu thun, um dem Kapital zu helfen, aus den Blutschalen in Südafrika die goldenen Schätze zu heben, und um die Versklavung des Proletariats in England selbst zu vollenden. Die demokratische Regierung Frankreichs sieht nach neuen Sensationsstoffen aus, um die Hohlheit der nationalen Demokratie zu verdecken, und sucht den Ruhm der „grande nations“ hinter dem Pferde, auf dem der Zar reitet. In Deutschland steht die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts auf der Tagesordnung.

Wen die Götter bestrafen wollen, den schlagen sie mit Blindheit!

## Soziales und Gardeleben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Clempner und Frankfurteure in Frankfurt a. M. sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Verlangt werden 9½-stündige Arbeitszeit, halbstündige Frühstücks- und anderthalbstündige Mittagspause und wöchentliche Lohnzahlung, die Freitags zu

Bankhaus Schrot u. Comp. zugegangenen Nachricht hatte in diesem ein von mir unterzeichnetes Akzept im Betrage von 30 000 Mk. der Einlösung. Da ich ihm keinerlei Disposition bezüglich desselben habe zulernen lassen, sehe er meiner Rückführung darüber entgegen, ob er die Einlösung bewirken solle oder nicht. Der Wechsel sei von Baron Follmar ausgestellt und bei Schrot u. Comp. — das sind nämlich die Bankiers des Barons — zahlbar gemacht. Sie können sich denken, daß ich wie vom Donner gerührt war — wir stand nicht einmal eine so erhebliche Summe gleich zur Verfügung, auch hatte sich Follmar wohl in mir verrechnet, wenn er hoffte, meine Schwäche würde soweit gehen, diese Zwangsanleihe zu sanktionieren. Indessen hegte ich doch nicht die Absicht, den Wahnsinnigen ins Unglück zu stürzen. Ich schrieb ihm sofort, er möge für die Deckung der Papiere sorgen, meiner Verschwörigkeit könne er sicher sein.“

„Und was gab er Ihnen für Bescheid?“ fragte der Staatsanwalt gespannt.

„Er brachte ihn in eigener Person — in heller Verbündung beschwore er mich, ihn nicht dem Verderben preiszugeben — er besaß das Geld nicht und seine Bemühungen, die Summe anderweit zu erhalten, seien umsonst gewesen. Ich konnte ihm nicht helfen, wenn ich auch gewollt hätte. Ich erklärte ihm bedauernd, ich sei ebenfalls nicht in der Lage, die Einlösung zu bewirken, habe aber auch nicht Lust, mich den Konsequenzen des Protestes auszusetzen und für einen Fremden die Kosten aus dem Feuer zu holen; mein Ansehen, mein Kredit standen ebenfalls auf dem Spiele.“

„So ist der gestern fällige Wechsel protestiert worden?“

„Er ist es.“

„Und Sie erheben hiermit die formelle Anklage gegen den Falscher?“

„Ich muß, so leid es mir thut.“

Der Staatsanwalt ringte, um durch einen Gerichts-

erfolgen hat. Der Mindestlohn soll vom 21. Lebensjahr an pro Arbeitsstunde 50 Pfsg. betragen (Berlin und Hamburg zahlen 55). Überstunden und Arbeiten außerhalb sind mit 25 bis 50 Prozent Lohnzuschlag zu vergüten. Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag. Der Tarif soll am 1. April in Kraft treten.

**Zusfolge des Weberstreiks in Meerane** fand in Wittenberg eine Versammlung sächsischer und thüringischer Webereibesitzer statt. Es wurde beschlossen, ein Kartell zu gründen, z. m. gemeinsamen Zusammenschluß gegen unrichtiges Vorgehen der Arbeiter. Dem Kartell gehören die Webereibesitzer der Städte Glauchau, Meerane, Reichenbach, Gera, Greiz, Mehlau, Neugersdorf an. — Die Unternehmer rüsten also bereits von neuem: mögen die Arbeiter auf der Hut sein!

**Unternehmerterrorismus.** Die Firma Leopold Schöller u. Söhne in Düren (Rheinland) läßt sich von den neuintretenden Webern erklären, daß sie keiner gewerblichen Organisation angehören. Dazu nahm eine Versammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes Stellung, und es wurde beschlossen, der Firma zu schreiben, daß der Verband bei einer Lohnbewegung erst recht eintreten werde. Darauf blieben die am Jahresende üblichen Geschenke für die Weber aus. Man erklärte den Leuten: wenn sie noch Geld für den Verband zu viel hätten, brauchten sie keine Geschenke. Der alte Lohnarbeitskampf ist aus der Weberei verschwunden; dafür aber ist — die Kruppende Wilhelm II. aufgehängt worden.

**Lohnkürzungen in der Glassbranche.** Die ob ihrer „Humanität“ fürzlich von einem Pfarrer so schön gekennzeichnete Glasmärke Siemens in Osterwald eröffnete ihren Arbeitern, sie habe eine größere Lieferung Vierflaschen mit Bügelmundungen angenommen, jedoch 2,50 Mk. billiger als sonst, es müsse deshalb der „Lohn“ um 20 Pf. reduziert werden. Als die Glasmacher erwiderten, der Lohn für diese Sorte sei schon ein sehr geringer, erhielten sie zur Antwort: „Gemach wird's doch, und wenn Sie sich weigern, die Flaschen dafür zu machen, so holen wir Glasmacher hierher, die dafür arbeiten. Am Mittwoch zierte dann auch schon folgender Anschlag die Fabrikthür: „Befannimachung. Im Laufe dieses Jahres sind wiederholt größere 1/4 Vierflaschen (Vorchen) im Gewicht von 770 Gramm zu arbeiten, und sind wir gezwungen den Lohnsatz auf 1,76 Mk. festzusetzen. Kumpf.“ Die Firma weiß, daß sie mit den Preisen nicht auskommen kann, ihr ist es aber gleichgültig, was an dem Gewinn der Aktionäre fehlt, das wird den Arbeitern eben abgenommen. Herr Liebig, seines Zeichens Generaldirektor dieser arbeiterfreundlichen Aktiengesellschaft, ist ein großer Patriot; als er aus hohem Munde die Worte gesprochen hat: „Es ist eine Erfahrung der Arbeit, die Kosten der Aktionäre auf Kosten der Arbeiter sicher zu stellen.“

**Schutz der Seelente.** Die Maschinen- und die Steuermanns Vereinigung in Schweden haben eine Petition um schnelle Reform der Seegerichtsordnung an den Finanzminister eingereicht, zu dessen Raffort die Handelschiffahrt gehört. Darin werden als am dringendsten notwendig folgende Forderungen gestellt: Ein wirksames Dampfsteuergesetz für alle Dampfschiffe der Handelsflotte; Besichtigung und Staatskontrolle über die Schiffe; Rettungsvorkehrungen von gleicher Art wie auf den Passagierdampfern; ein Gesetz über die Ladegrenze der Schiffe und zur Verhinderung von Überladung durch Decksladung; gesetzliche Bestimmungen über die Räume und Räumten, Ventilation und Heizung, Verbandszeug und Medizin, Feuerlösch-Vorrichtungen, ferner über die Bemannung der Schiffe, sowohl die Zahl als auch die Eigenschaften der Leute betreffend; ein geordnetes Inspektionswesen zur Überwachung der geistlichen Vorschriften, ein maritimer Ullkager; eine umfassende Statistik über Schiffbrüche und Unfälle in der Schiffahrt; die Trennung der Handelsflotte und die Seelente betreffenden Angelegenheiten vom Kommerzkollegium und ihre Verlegung unter das

bienern den Gerichtshofesamt zitieren zu lassen, worauf dieser die Aussage des Rittergutsbesitzers zu Protokoll nahm.

„Seien Sie nun noch Ihren Namen unter das Protokoll“, forderte Hoffmann den Denunzianten auf, „ich werde unverzüglich den Baron laden und über den Gegenstand der Anklage vernehmen. Die Falsifikate werde ich schleunigst einfordern.“

Gisbert dankte und empfahl sich; an der Thür wandte er sich noch einmal um.

„Wenn aber der Baron Ihrer Ladung nicht folge leistet?“

„Er wird es thun, weil er sich sonst der Gefahr sofortiger Verhaftung ausläßt.“

„Oder wenn er sich auf andere Weise ...“

„Sie flüchten, er könnte vorher entfliehen? Oder vielleicht Selbstmord begehen?“

„Wer weiß?“

Der Staatsanwalt starrte eine Weile nachdenklich vor sich hin.

„Die Möglichkeit ist allerdings nicht von der Hand zu weisen“, entschied er sich endlich zögernd. „Indessen — ich bin verantwortlich für mein Thun und darf mich der Rückichten nicht entziehen, welche die Ehre der Angeklagten vor mir fordert. Bis her liegt nichts gegen Follmar vor als Ihre Beschuldigung, und wenn ich auch keinen Grund habe, Ihren Worten den Glauben zu versagen, so sind Sie mir doch ganz fremd. Herr Gisbert, und haben für Ihre Denunziation keine Beweise beigebracht — es wäre unlöslich, die Freiheit und Ehre eines angesehenen und bisher unbescholtenen Mannes anzutasten, bevor weitere Belastungsmomente gegen ihn vorliegen.“

„Wie Sie wollen, Herr Staatsanwalt — Sie handeln auf Ihre eigene Gefahr und Verantwortung“, erwiderte der Besucher.

„Ganz recht — um jedoch keine notwendige Sicherheitsmaßregel aufsetzen zu lassen, will ich einen weiteren

## Der einzige Zeuge.

Kriminalnovelle von Friedrich Thiemer.

1. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Was für einen Grund sehen Sie voraus?“ fragte der Staatsanwalt.

„Baron Follmar hatte gewiß schon längst meine Zuwendung zu seiner Schwester bemerkt, und dieser Umstand ihm den Mut verliehen, sich an mich in der Wechselangelegenheit zu wenden. Er selbst hätte vielleicht aus finanziellen Gründen die Verbindung mit Genugthuung begrüßt, aber der Eigenkopf des jungen Mädchens fügte sich dem Bernkastelprojekte des Bruders nicht. Im Verlaufe aber auf meine Liebe wagte er es in seiner Verlegenheit, meinen Namen zur Beschaffung der ihm notwendigen Summe zu missbrauchen. Vielleicht, er gelang es mit, bis zum Verfallstage der Wechsel die Beträgen von unserer Seite zu beschaffen und dieselben stillschweigend einzulösen, ohne daß jemand von der Sache etwas erfährt, oder falls mir dies nicht möglich ist, trägt Gisbert für die Deckung im letzten Augenblicke Sorge, da er es um der Schwester willen nicht mit mir verbünden will.“ Deshalb die ausweichende, mir nicht alle Aussicht raubende Antwort.“ Allerdings ein gewagtes Spiel, wenn Ihre Voranschätzungen richtig sind.“

„Das Viecht stand ihm eben an der Schle.“

„Die Wechsel lagen über je 30 000 Mark.“

„Ja.“

„Und die Fälligkeitstermine?“

„Der 5. und 15. Mai. Der erste war also gestern zahllbar.“

„So haben Sie wohl erst bei Gelegenheit der Präsentation des Akzeptes von dessen Existenz erfahren?“

„Das nicht. Ich erhielt vorgestern früh ein Blatt meines Bankiers, des Inhalts, laut dem ihm von dem

